



Information

Erlensee, den 14.12.2023

CDU-Fraktionsvorsitzender Horst Pabst Haushaltsrede 2024

— - Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Jahr 2023 nähert sich dem Ende und wir müssen uns in der letzten Sitzung des Jahres wieder einmal mit dem Haushalt des Folgejahres auseinandersetzen.

Ich weiß nicht, wievielte Haushaltsrede ich heute hier halte, aber ich weiß, dass wir noch nie ein solches Jahr, auf das wir zurückblicken, erlebt haben, und höchstwahrscheinlich wird uns auch das neue Jahr mit Vielem, nicht nur guten Überraschungen herausfordern.

Wir als Kommunalpolitiker sind wieder einmal das letzte Ende der Fahnenstange und müssen, egal wie, versuchen, diese Stange aufrecht zu halten. Wir haben unsere gewählten Vertreter im Bund, im Land und hier. Nur mit einem großen Unterschied: unsere Vertreter im Bund bekommen monatlich 10.600 € plus Kostenpauschale, im Land 8.785 € plus Kostenpauschale und wir hier erhalten pro Sitzung 20 € Aufwandsentschädigung.

Im Bund ist das Verhältnis zum Geld ein sehr großzügiges geworden.

Wenn ich mir überlege, dass der Staat fast 1 Billion € Einnahmen aus Steuermitteln pro Jahr zu verzeichnen hat und sich trotzdem Gedanken um die Auflösung der Schuldenbremse macht, weil die Ampelregierung sehr großzügig mit dem Geld umgeht, ohne dabei schwerpunktmäßig an die eigene Bevölkerung zu denken.

In einer nächtlichen Sitzung hat man nun versucht, einen Teil des Geldes, das durch die vorhergehende Großzügigkeit fehlt, durch besondere Maßnahmen, die für die eigene Bevölkerung wiederum noch höhere Steuern und Rücknahme von versprochenen Vergünstigungen beinhaltet, auszugleichen.

Wir haben das Kunststück mit unserer Ampel-Regierung fertiggebracht, die höchsten Steuern in Europa zu haben, die höchsten Stromkosten und die höchsten Abgaben. Und als Ausgleich dafür dürfen wir am längsten arbeiten. Wenn in Frankreich das Renteneintrittsalter auf 63 erhöht werden soll, gehen die Franzosen dafür wochenlang dagegen auf die Straße. Wenn unseres von 67 auf 70 erhöht wird, nehmen wir das, wie auch in der Vergangenheit, tatenlos hin.

Wir haben einfach aufgehört, uns gegen den Staat aufzulehnen und wundern uns darüber, dass eine aus unserer Sicht nicht demokratische Partei, so einen Zulauf hat. Ich bin nicht davon überzeugt, dass 25 % unserer Bevölkerung im Westen des Landes und höchstwahrscheinlich 35 % im Osten bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr alles Nazis sind.

In unserem Land muss es wieder anfangen, dass Arbeiten sich lohnt und nicht mit dem Begriff Bürgergeld statt Sozialhilfe oder Hartz IV jemand, der keine Lust zum Arbeiten hat, teilweise mehr Geld zur Verfügung hat, als der Arbeitende, da die Miete, die Heizung und die Nebenkosten noch zusätzlich zum Bürgergeld bezahlt werden. Wir haben einen großen Mangel an Arbeitskräften und haben aber fast 3 Millionen, die arbeiten könnten, als Bürgergeldempfänger.

Die CDU hat in Hessen die Landtagswahl klar gewonnen, und die in der Ampel befindlichen Parteien haben allesamt deutlich verloren. Das hat zumindest in Hessen gezeigt, wie begeistert die Bürger von der Ampel-Regierung sind. Wir hoffen, dass die neue Landesregierung Vieles aus der jüngsten Vergangenheit korrigiert, um den Kommunen Geld zur Verfügung zu stellen, damit diese zumindest ihren Verpflichtungen nachkommen können. Und nicht, wie die Stadt Erlensee, am Rande des Defizits versuchen muss, das neue Jahr halbwegs zu gestalten.

Wir als CDU-Fraktion haben den Haushalt durchgearbeitet und dabei festgestellt, dass viele Dinge, die im Argen liegen, nicht erledigt werden können, weil das Geld dafür fehlt. Wir haben aus diesem Grund bei all unseren Anträgen darauf geachtet, dass kein Geld ausgegeben werden muss.

Wir hatten insgesamt 5 Anträge erarbeitet und eingereicht, wovon wir 2 zurückziehen und 2 geändert haben.

Antrag 1

Der 1. Antrag betrifft den Rückbau der Ravolzhäuser Straße, für den im Haushalt 2024 200.000 € eingestellt wurden. Die Planung beinhaltet eine Reduzierung der Breite der Straße von 8 auf 6 m und wir sind nicht davon überzeugt, dass diese 6 m ausreichen, um einen normalen Verkehrsfluss zu ermöglichen, da beiderseits viele parkende Fahrzeuge stehen. Aus diesem Grund haben wir einen Sperrvermerk in Höhe von 130.000 € vorgesehen und belassen 70.000 € für Veränderungen des Kreisels und Reparaturmaßnahmen.

Antrag 2

Unser Antrag Nr. 2 die Gastronomie im Limespark betreffend, ziehen wir zurück, da in der Zwischenzeit eine Lösung des Problems durch den Magistrat kurz vor dem Abschluss steht.

Antrag 3

Unser Antrag Nr. 3 betrifft das Förderprogramm "Zukunft Innenstadt" ziehen wir ebenfalls zurück, da der Rest von den uns zur Verfügung gestellten 300.000 € Fördermittel, unabhängig von der Sanierung des Rathauses, für die Aufstellung von Sonnenschirmen sowie für Bäume und Bänke benötigt wird.

Antrag 4

Unser Antrag Nr. 4, der Weiterbau der Anne-Frank-Straße bis zum Limesweg - Konrad-Adenauer-Straße, ist als Ziel definiert.

Antrag 5

Und unser Antrag Nr. 5 als Ziel, dass bei einem Verkauf des Gesamtgrundstücks der Fallbachhalle mindestens 400 € pro qm angesetzt werden soll.

Die SPD hat genauso wie wir entschieden, kein zusätzliches Geld auszugeben und hat aus diesem Grund auf Haushaltsanträge verzichtet.

Im Gegensatz zu den Grünen, die insgesamt 11 Anträge eingereicht haben, wobei wir den Anträgen, die der Kernkompetenz der Grünen, nämlich Fauna und Flora, zustimmen werden.

Die Anträge, die die Wirtschaft betreffen oder wirtschaftliche Investitionen, werden von uns abgelehnt, weil die Grünen, vom Bund angefangen, nachgewiesen haben, dass sie mit wirtschaftlichen Dingen absolut überfordert sind. Sie haben zwar durchgesetzt, dass wir uns jetzt unser Geschlecht selbst aussuchen können, aber auf welche Art wir heizen wollen, dass dürfen wir nicht mehr entscheiden.

Antrag Nr. 1 der Grünen, eine Prämierung für umwelt- und klimafreundliche Gärten wird mit einer Summe von 800 € für das Jahr 2024 möglich sein. Vielleicht kann man das ja im Rahmen der "Offenen Gärten" einsetzen.

Der Antrag Nr. 2 der Grünen soll zurückgezogen werden.

Der Antrag Nr. 3 wurde bereits im letzten Jahr genehmigt, nämlich, dass 1.500 € Zuschuss/Förderung beim Kauf von Habitats-Bäumen über den Landschaftspflegeverband verwendet wird. Dem stimmen wir nochmals zu.

Der Antrag Nr. 4, Konzept für ein ReUse-Regal wird von uns abgelehnt.

Antrag Nr. 5, die Anschaffung von großen Regentonnen, wird von uns ebenfalls abgelehnt, da durch diese Aktion allein in diesem Jahr fast 300 Arbeitsstunden für den Bauhof angefallen sind.

Der Antrag Nr. 6, die Fahrradabstellbügel, wird ebenfalls zurückgezogen.

Der Antrag Nr. 7, familienergänzende Betreuung soll ebenfalls zurückgezogen werden.

Der Antrag Nr. 8, ein Sperrvermerk in Höhe von 65.000 € für die Erneuerung der Beleuchtung des Erlenswäldchens wird von uns abgelehnt, da die EAM ein sehr kostengünstiges Konzept vorgelegt hat.

Antrag Nr. 9 als Ziel, die Schaffung einer zentralen Begegnungsstätte, da irgendwann das Gebäude der ehemaligen Kita am Rathaus nicht mehr vorhanden sein wird, werden wir zustimmen, verbunden mit der Idee, dass ein in Erlensee ansässiger Investor, welcher durch die Stadt sehr viel Entgegenkommen genießt, und dessen Familie in allen, in diesem Parlament vorhandenen Parteien vertreten ist, uns alle als Gegenleistung vielleicht das von ihm erworbene Gebäude auf dem Fliegerhorst entweder als Diskothek für alle, insbesondere unserer Jugend, oder als Begegnungsstätte zur Verfügung stellt.

Der Antrag Nr. 10 der Grünen, die Stelle eines Klimaschutz-Managers, muss von uns abgelehnt werden, da wir zurzeit keinerlei finanzielle Mittel zur Verfügung haben, um diesen nach Ablauf eventueller Fördermittel zu bezahlen.

Der Antrag Nr. 11, die Fahrrad-Service-Station wird von den Grünen ebenfalls zurückgezogen.

Die zwei Anträge des Ausländerbeirats, einmal das Budget in Höhe von 3.000 €, um die beiden großen Feste durchzuführen, und zum anderen die Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes werden wir zustimmen, obwohl wir davon ausgehen müssen, dass dieser Antrag, obwohl dieses Mal nicht von der CDU gestellt, abgelehnt wird, und das aus nicht mehr nachvollziehbaren Gründen.

Über Bürgernähe zu reden und das mit einer Bürger-Frage-Stunde nach einer Stadtverordnetensitzung erreichen zu wollen, bringt garantiert nicht gleichen Erfolg, wie ein freiwilliger Polizeidienst, bei dem man auch das Wort "Polizei" weglassen könnte, der aber garantiert die Bürgernähe schafft, da der Bürger immer das Gefühl hat, es ist jemand da, den er fragen kann, der helfen kann und das Gefühl der subjektiven Sicherheit gibt

Sturheit - einfach nur so - hat noch nie etwas gebracht und wird auch außer Enttäuschung nichts bringen.

Ich hoffe, Sie werden den Antrag des Ausländerbeirats irgendwann verstehen und unterstützen.

Ich wünsche uns allen ein schönes und friedliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2024, dass uns hoffentlich durch geringere Flüchtlingsunterbringungszahlen und dadurch geringere Ausgaben etwas mehr Luft zum Atmen gibt und vielleicht sogar, wenn das Gutachten zum Erhalt des Schwimmbades nicht so hoch ausfällt, die Möglichkeit, das Schwimmbad wieder für unsere Bevölkerung zu öffnen.

Wir bedanken uns bei der Verwaltung, dem Magistrat und unserem Bürgermeister für die Unterstützung und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Horts Pabst